

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erikkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 75 M. für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter.

Am 15. und 16. Juni fand in Köln a. Rh. eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter statt, die sich mit wichtigen Verbandsfragen befaßte. Der Zentralvorstand hielt es für seine Pflicht, die Zentralinstanzen und Gauleiter über den gegenwärtigen Stand des Verbandes sowie über die Lage des Baumarktes zu informieren. Ferner mußte den Verbandsinstanzen Gelegenheit gegeben werden, eingehend die künftige Werbearbeit in unserm Verband zu besprechen. Auch die gegenwärtige Wirtschaftslage wurde in einem besonderen Referat eingehend behandelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Konferenz das Andenken des vor einigen Monaten verstorbenen Gauleiters für Pommern, Kamerad Karl Michaelis.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung „Stand unseres Zentralverbandes und die Ergebnisse der Frühjahrslöhnerverhandlungen“ berichtete der Verbandsvorsitzende, Kamerad Wolgast. Die Entwicklung unseres Verbandes, die schon im Vorjahre eine gute gewesen sei, habe sich erfreulicherweise im Jahre 1928 fortgesetzt. Die gute Bau-tätigkeit im Vorjahre habe dazu wesentlich beigetragen. Im Jahre 1927 wurden rund 288 000 Wohnungen gebaut gegenüber 207 000 Wohnungen im Jahre 1926. Die günstige Konjunktur und die gute Beschäftigung habe uns einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs gebracht. Trotz der Erwerbslosigkeit, die gegen Ende des Jahres 1927 einsetzte, sei eine Mitgliederzunahme während dieser Zeit zu verzeichnen. Ende 1927 waren 101 601 Mitglieder einschließlich 12 335 Lehrlinge, im Verband organisiert. Besonders die Lehrlingsabteilungen unseres Verbandes haben sich gut entwickelt. Es zeige sich, daß unsere Werbe- und Aufklärungsarbeit unter den Jungkameraden Anerkennung finde. Die Hilfe bei der fachlichen Ausbildung sowie die belehrenden Abhandlungen im „Jung-Zimmermann“ haben viel dazu beigetragen, daß unsere Jugendbewegung stark gefestigt ist. Auch im ersten Vierteljahr 1928 zeige sich ein andauernder Aufstieg in der Mitgliederbewegung unseres Verbandes. Heute seien rund 107 000 Zimmerer Mitglieder unseres Verbandes.

Weniger erfreulich sei die Entwicklung unserer Verbandsfinanzen. Obwohl das Vermögen der Hauptkasse am Jahres-schluß rund 3,5 Millionen Mark betragen habe, seien infolge der starken Erwerbslosigkeit große Anforderungen an die Hauptkasse gestellt worden. In der Zeit vom April 1927 bis Ende März 1928 wurden allein für Erwerbslosenunterstützung rund 1 700 000 M ausgegeben. Die für diese Unterstützung vom 1. Januar 1928 bis 31. März 1928 aufgewendete Summe von 1 016 000 M sei fast viermal so groß als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Angesichts dieser Entwicklung sei es unsere Pflicht, den Stand der Verbandsfinanzen sorgsam zu beobachten und jede unnötige Belastung zu vermeiden. Das erste Quartal werde voraussichtlich mit dem gleichen Bestande schließen wie das Vorjahr, ohne die am Orte verbliebenen Hauptkassengelder.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage zeige einen Rückgang der Konjunktur, die besonders auf die Kapitalknappheit zurückzuführen sei. Die Finanzierung des Wohnungsbaues mache in diesem Jahre besondere Schwierigkeiten. Nach einer Berechnung des „Berliner Tageblattes“ haben dem Wohnungs-bau im Jahre 1927 rund 3 Milliarden Mark zur Verfügung gestanden. In diesem Jahr stehen im günstigsten Falle rund 1 1/2 Milliarden Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das ein Minus von rund 1 1/2 Milliarden Mark. Wenn man den inzwischen gestiegenen Baukostenindex in Betracht zieht, so ergebe sich, daß die vorhandenen Kapitalien ausreichen, um im günstigsten Falle 170 000 Wohnungen zu erstellen. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet dies ein Minus von 100 000 Wohnungen. Auch die industrielle Bautätigkeit habe merklich nachgelassen. Im Gau Rheinland-Westfalen sei die Erwerbslosigkeit besonders stark. In fast allen Fällen seien die Ursache des Konjunkturrückganges Finanzschwierigkeiten. Die Politik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht habe bewirkt, daß dem Baumarkt die notwendigen langfristigen Kredite aus dem Ausland nicht zugeführt wurden. Wir fordern gründliche Abkehr von dieser Politik und eine Anleihe- und Kreditpolitik, die zu einer Verbilligung des Kredits und zu einem Wiedererlangensehen der Konjunktur führe. Trotz der ungünstigen Konjunktur müßten wir unsere Werbetätigkeit fortsetzen; der Erfolg werde nicht ausbleiben.

Kamerad Wolgast berichtete hierauf sehr ausführlich über die Maßnahmen der Unternehmer, die darauf abzielten, die Arbeitszeit im Baugewerbe zu verlängern. Schon im Vorjahre hatten die Unternehmer einen entsprechenden Antrag bei dem Reichsarbeitsminister gestellt. Er habe sie an die Länderregierungen verwiesen und diese haben einschließ-lich Preußen, fast restlos das Ansinnen der Unternehmer abgelehnt. Der Anschlag auf den Achttundentag sei vorläufig abgewehrt. Die Unternehmer werden jedoch bei passender Gelegenheit erneut versuchen, die Arbeitszeit zu verlängern. Aus diesen Gründen müsse unsere besondere Aufmerksamkeit der Arbeitszeitfrage gewidmet sein.

Die Verordnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 2. Dezember 1927 habe vorgegeben, daß die Bauarbeiter eine dreiwöchentliche Wartezeit durchzumachen haben, bevor sie unterstützungsberechtigt werden. Es sei mit ein Verdienst unseres Verbandes, wenn die schlimmsten Auswirkungen der Verordnung verhütet worden seien. Die Verordnung bedeute aber nur eine vorläufige Regelung. Die endgültige Regelung stehe noch bevor. Wir wehren uns entschieden gegen eine Sonderbehandlung der baugewerblichen Arbeiter und wir fordern nachdrücklich auch von dieser Stelle aus, daß die Bauarbeiter nicht schlechter behandelt werden als die übrigen Arbeiter. Auch in dieser Frage müßten wir auf den Posten sein.

Einen schönen Erfolg habe der Verband in der Lehrlingsfrage zu verzeichnen. Obwohl die Lehrlingsfrage tariflich geregelt sei widersehen sich die Innungsmeister dieser Vereinbarung und versuchen, sie zu umgehen. Mehrfach mußte die Hilfe der Arbeitsgerichte in Anspruch genommen werden, um unsere tarifliche Vereinbarung durchzusetzen. Die Ent-scheidung des Reichsarbeitsgerichtes in der Lehrlingsfrage sei von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung des Lehrlingsrechtes. Weniger erfreulich sei die Entwicklung auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung der Lehrlinge. Nach einer Entscheidung des Spruchsenates bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung haben die Lehrlinge kein Anrecht auf Unterstützung. Unsere Aufgabe müsse es sein, hier eine Aenderung herbeizuführen, solange das aber nicht geschehen sei, dürften den Lehrlingen auch keine Beiträge abgefordert werden.

Unsere Bildungsarbeit habe vollen Erfolg gehabt. Die Festigung des Verbandes sei vornehmlich auf diese Arbeit zurückzuführen. In den Funktionalerschulungskursen im verflochtenen Winter haben rund 225 Kameraden teilgenommen. Obwohl die Kurse mit Lehrstoff etwas überlastet gewesen, seien diese Veranstaltungen durchaus wertvoll gewesen. Der Vorstand habe die Absicht, in Zukunft ähnliche Veranstaltungen zu treffen. Die gewerkschaftlichen Bildungsanstalten wurden auch in diesem Jahre von Mitgliedern unseres Verbandes besucht; das werde auch in Zukunft in ausgiebigem Maße geschehen, auch hinsichtlich der vom IWOB. neuerrichteten Bundes-schulen.

Die Polierfrage verdiene größte Beachtung. Kamerad Wolgast schilderte die Entwicklung in dieser Frage und betonte, daß unsere Poliermitglieder forderten, unser Verband müsse bei der künftigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Poliere dabei sein. Gemeinsam mit den übrigen baugewerblichen Arbeiterorganisationen habe der Verband beim Reichsarbeitsministerium die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Poliervertrages beantragt. In dieser Frage haben bereits Verhandlungen mit den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums stattgefunden. Es bestehe Aussicht, daß die Allgemeinverbindlichkeit aufgehoben werde. Die Stellung unseres Verbandes sei bekannt, sie würde auch in Zukunft mit allem Nachdruck vertreten werden müssen. Durch statistische Erhebungen müsse das nötige Material gewonnen werden für unsere künftige Arbeit in dieser Beziehung.

Die Frühjahrslöhnerverhandlungen und ihr Ergebnis wurden vom Berichterstatter eingehend besprochen. Die bezirklichen Verhandlungen seien zum größten Teil ergebnislos verlaufen. Abgeschlossen hatten die Unternehmer die bezirklichen Verhandlungen negiert. Der Tarifgedanke habe durch diese Taktik der Unternehmer durchaus keine Stärkung erfahren. Die Entscheidung in der Lohnfrage sei in den meisten Fällen vor dem Haupttarifamt erfolgt. Nach einigen kritischen Betrachtungen über die Arbeiten der Tarifinstanzen, schloß Redner seinen Bericht. Rückblickend auf die Tätigkeit des Verbandes könne festgestellt werden, daß auf allen Gebieten unserer Verbandsarbeit Fortschritte zu verzeichnen seien. Unsere Arbeit mit Energie fortzusetzen, sei Aufgabe aller Kameraden. Gesehe das, so werde unser Verband weiter voranschreiten.

In der Aussprache wurde das Verhalten der Innungen in der Lehrlingsfrage kritisiert. Mit allen Mitteln seien die Innungen und Handwerkskammern bestrebt, unsere Erfolge in der Lehrlingsfrage illusorisch zu machen. Das Streben der Unternehmer gehe dahin, die Lehrzeit zu verlängern und das Lehrgeld zu erhöhen. Gegen diese Maßnahmen müsse sich der Verband mit aller Entschiedenheit wehren. Dringend notwendig sei die gesetzliche Neuregelung des Lehrlings-wesens durch das Berufsausbildungsgesetz. Entsprechend den Anforderungen der neuen Zeit müsse das Berufsausbildungsgesetz ausgestaltet werden. Die Entscheidung des Spruch-senats bei der Reichsanstalt in der Frage der Arbeitslosenunterstützung der Lehrlinge sei unhaltbar und müsse revidiert werden. Die zum Teil unfairen Agitations-mittel des Polierbundes wurden besprochen und ge-fordert, daß der Zentralvorstand hiergegen geeignete Maß-nahmen ergreife. Im Schlußwort ging Kamerad Wolgast auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein und gab Auskunft über die Maßnahmen des Zentralverbandes bezüglich der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen. Die

beste Stärkung unserer Finanzen sei die Gewinnung von immer neuen Mitgliedern.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung — Unsere Werbetätigkeit im Jahre 1928 — referiert Kamerad Schumann: Der augenblickliche Mitgliederbestand sei zufriedenstellend. Der Erfolg der Werbearbeit im Jahre 1927 sei fast restlos dem Verbands erhalten, trotz der starken Arbeitslosigkeit im letzten Winter. Die Mitgliederzahl habe sich im 1. Quartal 1928 bei einer durchschnittlichen Erwerbslosigkeit von 35 % noch um 2073 gleich 2 % auf 103 674 erhöht. An diesem Zuwachs seien die Lehrlinge mit 673 beteiligt. Die Zahl der im Verbands organisierten Lehrlinge betrage 13 088, eine Zunahme von 5,5 %. Damit sei die bisherige Höchstzahl von 12 213 im ersten Quartal 1923 um 815 überschritten.

An dem Mitgliedererwerb seien mehr oder weniger alle Gawe beteiligt, mit Ausnahme von zwei Gauen, die einen geringen Mitgliederverlust hatten. Selbst Gau 1, mit der prozentual höchsten Arbeitslosenziffer hatte einen Mitgliedererwerb, während Gau 18, mit der prozentual geringsten Arbeitslosenziffer, einen Mitgliederverlust zu verzeichnen hatte. Damit sei erneut der Beweis erbracht, daß eine gute Arbeitsgelegenheit nicht allein ausschlaggebend für einen erfolg-reichen Werbearbeit ist. Zweifellos sei die Erhaltung des Mitgliederbestandes und die Mitgliederzunahme im 1. Quartal eine Folge der stärkeren Beteiligung unserer Kameraden in der Organisation, bei der Werbearbeit und in den Betrieben. Auch die Bildungsveranstaltungen im letzten Winter haben sicherlich zu diesem Erfolg mit beigetragen. Auf diesem Wege müsse weitergearbeitet werden.

Das Feld für unsere Werbearbeit werde durch das vor kurzem veröffentlichte Ergebnis der amtlichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 klarer abgesteckt. Demnach wurden im gesamten Reichsgebiet 187 658 berufstätige Zimmerer ohne Poliere festgestellt. Von diesen arbeiteten 150 626 im eigent-lichen Baugewerbe (Hoch-, Eisenbeton- und Tiefbau). In den übrigen Industrien und in der Landwirtschaft wurden dem-nach 37 032 berufstätige Zimmerer gezählt. Diese letzteren seien für unsere Organisation schwieriger zu gewinnen, da sie größtenteils in den für die Arbeitsstellen maßgebenden Ver-bänden organisiert sein dürften. Unsere Werbetätigkeit müsse sich vorläufig hauptsächlich auf das eigentliche Baugewerbe beschränken. Bei unseren letzten Erhebungen im September 1927 wurden im Verbandsreich 132 304 Zimmerer einschließ-lich Poliere und Lehrlinge erfasst. Etwa 18 000 Zimmerer seien demnach außerhalb des Verbandsbereichs in Baube-trieben tätig, von deren Wohn- und Arbeitsorten wir keine Kenntnis haben. Nach den monatlichen Feststellungen be-trug die Mitgliederzahl Ende Mai 106 965. Der Verband umfaßt demnach rund 70 % der gesamten Zimmerer des Bau-gewerbes im Reich und rund 80 % der Zimmerer im Ver-bandsbereich.

Unsere Aufgabe sei die Gewinnung der im Verbands-bereich ermittelten 27 000 nicht- oder andersorganisierten Zimmerer und darüber hinaus die Feststellung der Wohn- und Arbeitsorte und etwaiger Organisationszugehörigkeit der 18 000 Zimmerer außerhalb des jetzigen Verbandsbereichs.

Als Einleitung für diese Werbearbeit werde der Zentral-vorstand eine illustrierte Werbeschrift herausgeben, in der die Leistungen und Erfolge des Verbandes behandelt werden. Sie sei druckfertig und werde in den nächsten Tagen an die Zahl-stellen versandt. Diese Werbeschrift solle an alle Verbands-mitglieder als Material und Anregung für die Mitglieder-werbung und außerdem an die nicht oder in anderen Ver-bänden organisierten Zimmerer persönlich abgegeben werden. Die Werbetätigkeit selbst werde sich wieder in ähnlichem Rahmen halten wie im Vorjahre.

Allgemeine Werberversammlungen haben sich nicht als zweckmäßig erwiesen. Diese sollten nur ausnahmsweise ange-wandt werden, wofür sich im Bedarfsfalle auch der Zentral-vorstand zur Verfügung stelle.

Die Kleinarbeit sei zu bevorzugen. Sie müsse in den einzelnen Zahlstellen gründlich vorbereitet und möglichst viele Kameraden, mindestens aber alle Verbandsfunktionäre dazu herangezogen werden.

Ganz besonders sei das Augenmerk auf die kleineren Zahlstellen zu richten. Im ersten Quartal seien 56 Zahl-stellen vorhanden mit weniger als 10 Mitgliedern. Davon 3 Zahlstellen, mit nur je einem Mitglied, 5 Zahlstellen mit je zwei Mitgliedern und 2 Zahlstellen mit je drei Mit-gliedern. Solche Zahlstellen könnten gewerkschaftliche Auf-gaben nicht erfüllen. Sie dürften aber nicht aufgegeben werden, solange die Möglichkeit bestehe, die Mitgliederzahl zu erhöhen. Diese Möglichkeit ist sicher in allen Zahlstellen gegeben. Zum Beispiel zählte die Zahlstelle Dahme in der Mark am Schluß des 1. Quartals 1928 ganze 9 Mitglieder, während mehr als 100 organisationsfähige Zimmerer im Zahl-stellengebiet anässig sind. Ähnlich dürfte es auch in andern Zahlstellen liegen. Hier kräftig nachzufassen werde sich lohnen. Ganz besondere Betreuung lebensschwacher Zahl-

stellen sei Voraussetzung für deren Gesundung. Für den inneren Ausbau der Zahlstellen sei die Schaffung eines guten Funktionskörpers, die restlose Durchführung des Baudelegiertenwesens in allen Betrieben und die regelmäßige monatliche Bücherkontrolle auf allen Arbeitsstellen notwendig. Im 1. Quartal 1927 wurden bei insgesamt 87 324 Mitgliedern 794 Mitglieder wegen Beitragsrückstände gestrichen und 775 als Restanten gezählt; im 1. Quartal 1928 wurden bei insgesamt 103 542 Mitgliedern 706 Mitglieder wegen Beitragsrückstände gestrichen und 646 als Restanten gezählt. Im Vergleich zu der Mitgliederzahl desselben Quartals im Vorjahre eine nicht unwesentliche Besserung, die der Bücherkontrolle mit zu danken sei. Neben dem Ausbau der Zahlstellen und der Gewinnung der dem Verbands noch fernstehenden Zimmerer innerhalb des Verbandsbereichs müsse versucht werden, die Organisation in bisher unerschlossene Gebiete vorzutragen. Hierzu müßten ganz besonders die Teilnehmer an den Funktionskursen herangezogen werden.

Wenn wir auch in diesem Jahr den zahlenmäßigen Erfolg des Vorjahres kaum erreichen werden, so kann doch bei planmäßiger Vorbereitung unser Verband ganz wesentlich gestärkt werden.

In der Aussprache wurde den Vorschlägen des Zentralvorstandes bezüglich der Werbearbeit zugestimmt. Die Werbetätigkeit mit Energie fortzusetzen war der Wille aller Konferenzteilnehmer. Obwohl die Schwierigkeiten bei der Ausweitung des Verbandsgebietes groß seien, müsse dennoch diese wichtige Arbeit im Verbandsinteresse in Angriff genommen werden. Die bisher erzielten Erfolge in der Werbearbeit könnten sich sehen lassen; sie dürften jedoch nicht Veranlassung geben, mit dieser Arbeit zu erlahmen. Planmäßige Werbearbeit, sowie Ausbau des Baudelegiertenwesens und regelmäßige Kontrolle der Mitgliedsbücher an den Arbeitsstellen seien wichtige Voraussetzungen für den weiteren Aufstieg des Verbandes und seiner inneren Festigung. Die Bildungsarbeit in der bisherigen Form fortzuführen war der Wunsch der Konferenzteilnehmer. Im Schlußwort konnte Kamerad Schumann die Einmütigkeit der Konferenz in allen Fragen der Werbearbeit feststellen. Den Anregungen die auf der Konferenz gegeben wurden, soll Rechnung getragen werden. Kamerad Schumann erläuterte Einzelheiten der bevorstehenden statistischen Erhebungen im Verbandsgebiet. Die geplante Statistik müsse mit der größten Sorgfalt durchgeführt werden. Zusammenfassend konnte festgestellt werden, daß die Konferenz in allen Fragen Einmütigkeit zeigte.

Am Nachmittage besuchten die Konferenzteilnehmer die Internationale Presseausstellung (Pressa), auf der auch die Gewerkschaften und unser Zentralverband historisches und gewerkschaftsliterarisches Material ausgestellt haben.

Sonabend, den 16. Juni, behandelte Professor Dr. Erik Nöking, Frankfurt a. M., in einem groß angelegten Referat das Thema: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands im Rahmen der Weltwirtschaft.“ In seinen Ausführungen schilderte der Redner das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse. Der Kapitalismus habe das Arbeitsvolk in eine Rebellion getrieben. Die Ursachen dieser Ablehnung seien in erster Linie auf die soziale Ungerechtigkeit des Kapitalismus dem Arbeiter gegenüber zurückzuführen. Die Arbeiterklasse wende sich nicht gegen die technische Entwicklung und ihre Anwendung im Wirtschaftsprozess; sie lehne sich nur gegen das soziale Unrecht auf. Es sei vornehmlich der soziale Druck bei der Arbeit, gegen den sich der Arbeiter wende. Der soziale Druck könne nicht durch romantische Reaktionen beseitigt werden, wie Professor Rosenstock und Helbach in ihren theoretischen Schriften in dieser Frage es für richtig halten. Die Entseelung der Arbeit sei vornehmlich auf den sozialen Druck zurückzuführen, den der Arbeiter empfinde. Die Arbeiterklasse habe ein starkes Verlangen, daß der arbeitende Mensch von dem sozialen Druck und der Ungerechtigkeit befreit wird. Während das Klassenideal in der Epoche des Kriegers Mut gewesen sei und im Zeitalter des Bürgertums Besitz, sei im heutigen Zeitalter der Arbeit das Klassenideal der arbeitende Mensch, der nach sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung verlangt. Die Arbeiterklasse wende sich nicht gegen die Rationalisierung, sondern nur gegen ihre sozialen Konsequenzen. Mit vollem Recht verlange die Arbeiterklasse, daß die Beziehungen des Arbeitsmenschen zur Wirtschaft grundsätzlich geändert werden. Die Erscheinungen der ersten Jahre der Nachkriegszeit, die sich im Arbeitsprozess bemerkbar gemacht haben, sind nur darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsmensch die Lösung des Problems seiner Stellung zur Wirtschaft unbefriedigt findet. Die Arbeiterklasse hat den Wert des Lebens erkannt; sie will keine Eröffnung für das Jenseits. Immer stürmischer verlangt sie Lösung der aktuellen Fragen. Das Leben soll nicht der Reichumsvermehrung der herrschenden Klasse dienen, sondern der Arbeiter will als gleichberechtigter Wirtschaftsbürger Anteil daran haben. Heute steht das Problem der Neuordnung der Wirtschaft unter stärkster Berücksichtigung des arbeitenden Menschen im Vordergrund. Wenn vor 100 Jahren die Frage des Staatsbürgerturns im Vordergrund stand, so ist es heute die Frage des arbeitenden Menschen, die eine Lösung verlangt. Es müsse Aufgabe der Arbeiterklasse sein, dem Kapitalismus unser Endziel, den Sozialismus, voranzustellen. An der Lösung dieser Frage sei das Bürgerturn nicht interessiert. Es müsse allein Aufgabe der Arbeiterklasse sein, die Lösung dieser Frage herbeizuführen.

Das Zentralproblem des Kapitalismus sei die Frage der Unterbringung des Konsums. In der ersten Epoche der kapitalistischen Entwicklung, die mit den Gründerjahren ihren Abschluß fand, brachte diese Frage keine Schwierigkeiten mit sich. In der zweiten Periode der kapitalistischen Entwicklung machte die Unterbringung des Konsums schon größere Schwierigkeiten. Die Absatzkrisen traten stärker in Erscheinung, und der Kapitalismus mußte versuchen, sich in überseeischen Ländern Absatzgebiete zu sichern. Die Krisenperioden wurden immer kürzer und heftiger. In der dritten Periode der kapitalistischen Entwicklung versucht der Kapitalismus, Kapital und Produktionsmittel nach den ehemaligen Absatzgebieten zu exportieren. Die Periode der Gegenkolonisation begann kurz vor dem Kriege. Von diesem Zeitpunkt an hat die indu-

strielle Entwicklung der ehemaligen Absatzgebiete des europäischen Kapitalismus begonnen. Hand in Hand mit der industriellen Entwicklung geht der politische Befreiungskampf in jenen Ländern, die für die europäische Wirtschaft als Absatzmärkte in Frage kamen. In der Epoche, in der wir gegenwärtig leben, wurde die Herrschaftstellung Europas in der Welt erschüttert. Heute kann die Industrialisierung der Welt nicht mehr aufgehalten werden. Da es sich in der Vergangenheit gezeigt hat, daß die Industrieländer gegenseitig die besten Kunden sind, so habe die Arbeiterklasse keine Ursache, diese Entwicklung als unheilvoll zu betrachten. Der Produktionsapparat, der zur Erreichung außereuropäischer Industrien notwendig sei, müsse in erster Linie von europäischen Arbeitern erstellt werden. Dadurch biete sich neue Arbeitsgelegenheit für die europäische Wirtschaft. Von weittragender Bedeutung für unser künftiges Wirtschaftsleben sei die Umwälzung, die gegenwärtig in Asien vor sich gehe. Die Agrarreform, die in China und Indien durchgeführt werde, schaffe dadurch neue Kaufkraft, daß sie die Bodenverteilung vernünftig regule. Der Bauer, der Besitzer werde, mache neue wirtschaftliche Bedürfnisse geltend, deren Befriedigung neue Arbeitsgelegenheit mit sich bringe. Der alte und der neue Kapitalismus, der in jenen Ländern entstehe, müßten sich gegenseitig ergänzen.

Der sozialen Gefahr, die der Kapitalismus mit sich bringe, sind die Rohstoffmonopole der kapitalistischen Wirtschaft gleichzusetzen. Auch diese Monopole und ihre kapitalistische Anwendung bedrohen die Existenz des arbeitenden Menschen. Der Kapitalismus habe schon längst die Konkurrenzwirtschaft aufgegeben und sei zur Monopolwirtschaft übergegangen. Sehr eingehend behandelte Redner die Wirkung der Zölle und die Kartellwirtschaft, die besonders schwer auf dem Inlandmarkt lastet. Die neuesten Untersuchungen von Professor Schmalenbach zeigten, daß sich der Kapitalismus mit seiner Kartellwirtschaft in einer Sackgasse befindet. An Hand von Beispielen aus der Kohlenwirtschaft zeigte der Referent das wirtschaftsschädliche Verhalten jener Kreise. Im gegenwärtigen Stadium der Wirtschaft sind die Absatzkrisen zu Dauererscheinungen geworden. Die Krisen wiederholen sich in immer kürzeren Perioden. Die Konjunktur sei heute wieder rückläufig. Nur die saisonmäßige Belebung, die in den Sommermonaten zu verzeichnen sei, verhindere die scharfe Auswirkung der Krise. Am Schluß seiner Ausführungen schildert der Referent den Kapitalbildungsprozess der deutschen Wirtschaft, der zeige, daß die Auslandsverschuldung Deutschlands nicht so groß sei, wie das vielfach angenommen werde. Gegen die Auffassung von Dr. Schacht, wonach Auslandsanleihen nicht zugelassen werden sollen, wandle sich der Redner. Die deutsche Wirtschaft benötige zum Zwecke des Ausbaues der Produktionsanlagen Auslandskapital. Es sei ein Unding, daß die Industrie heute danach trachte, keine Anleihen mehr aufzunehmen, sondern die Erweiterung ihrer Produktionsanlage selbst zu finanzieren. Ein typisches Beispiel für die Art der Selbstfinanzierung, die den Konumenten in erster Linie treffe, sei das Vorhaben der Reichsbank, ihre geplanten Erweiterungen auf diese Art zu finanzieren. Der Arbeiter sei heute eine Konumentenschicht geworden von großer Bedeutung. Der Arbeiter sei nicht nur Betriebsstoff, wie das die Unternehmer heute noch vielfach vertreteten; er sei Konsumfaktor von höchster Bedeutung. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik, die darauf abziele, die Kaufkraft zu stärken und damit den Inlandmarkt aufnahmefähig zu gestalten, sei nicht nur richtig, sondern auch notwendig. Zusammenfassend stellte der Redner fest: daß eine Neuordnung der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen-gewerkschaftlichen Auffassung notwendig sei. Dabei müsse in erster Linie Rücksicht genommen werden auf die Belange des arbeitenden Menschen. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Die Rede wird in Form einer Broschüre herausgegeben. Von einer Aussprache wurde Abstand genommen.

Der Nachmittag war der Ehrung der Jubilare bestimmt, die 25 Jahre im Dienste des Zentralverbandes stehen. Zu diesem Zwecke war in Königswinter eine schlichte, würdige Jubiläumsfeier veranstaltet worden.

Rückblickend kann festgestellt werden, daß die Konferenz wertvolle Arbeit geleistet und wichtige Fingerzeige für die weitere Entwicklung unseres Verbandes gegeben hat.

Haus der Arbeiterpresse.

Auf der Internationalen Presse-Ausstellung (Pressa) in Köln. Der Auenweg ist eine der Hauptstraßen auf der Internationalen Presseausstellung in Köln. Eingefügt in die bunten bewegte und lustig besagte Reihe der Sonderbauten großer Häuser der Presseindustrie und weltanschaulich verbundener Gruppen, liegt am Auenweg das Haus der Arbeiterpresse, die Ausstellung der Presse der SPD. und des ADGB. Da sich die architektonischen Formen vieler der benachbarten Bauten krampfhaft originell gebärden, wirkt das an und für sich schöne Haus im Gegensatz zu seiner Umgebung besonders vornehm in seiner sachlichen Schlichtheit. Wenn die Dunkelheit eintritt, breiten die leuchtenden Buchstaben des von der vorderen Ecke des Hauses getragenen Turmes — Haus der Arbeiterpresse, ADGB, SPD. — ihre roten Strahlen über die ganze verschwenderisch angestrichene Nachbarschaft. Des Hauses Grundriß teilt sich in zwei Flügel. Dem Eingang gegenüber gelangt man in die Ausstellung der Partei, vom Eingang links sich wendend in die des ADGB.

Von vielen möglichen ausstellungsmäßigen Lösungen einer bestimmten Aufgabe kann eine Ausstellung immer nur eine Lösung zeigen. Hier war die Aufgabe, dem Besucher einen hastenden Eindruck zu geben von der öffentlichen Bedeutung und dem materiellen Bestande der Presse der sozialistischen Arbeiterbewegung und der im ADGB vereinigten Gewerkschaften. Die Lösung wurde gesucht durch den Verzicht auf verblüffende, aber auch verwirrende und ermüdende Fülle, durch Beschränkung auf eine gemessene Zahl von Schaustücken in Verbindung mit einer großzügigen Formgebung des Ausstellungsgedankens.

Die Ausstellung des ADGB birgt ein lichter, weiter, an sich repräsentativer Raum, dessen Nähe freie Bewegung in ihm sowie zwischen den Ausstellungsstücken und eine Betrachtung der an den Wänden ausgebreiteten Schaubilder

aus angemessenem Abstand erlauben. In der Mitte des Raumes steht, einem Träger gleich, eine vierkantige Säule. Sie nimmt unsere Aufmerksamkeit gefangen durch ein Auf und Ab bewegten Lichts, obgleich sie nichts anderes zeigt, als viel verpönte Statistiken. Auf den vier Seitenflächen der Säule steigen Zahlenreihen aufwärts. Sie zeigen: Die Jahresauflagen 1927 der Hauptorgane der Gewerkschaften und ihre Gesamtzahl, die 221 Millionen beträgt; die Jahresauflage der Sonderzeitschriften der Verbände für 1927 mit der Gesamtzahl von 24 Millionen; die Mitgliederbewegung der gesamten im ADGB zusammengeschlossenen Verbände von 1891 bis 1927; die Aufwendungen der Verbände für Presse, Literatur und Bildungsarbeit von 1891 bis 1927. Diese Aufwendungen haben 1927 die Höhe von 11 Millionen Mark erkliegen. Die jeweils niedrigste Zahl steht immer am Fuße, die höchste am Kopf der Säule. Und nun gleitet, dem Quecksilberfaden eines Thermometers ähnlich, das Auge von Zahl zu Zahl führend, ein Lichtstreifen in die Höhe; oben angelangt, verlischt die leuchtende statistische Tabelle, um sich sogleich von unten her wieder aufzubauen.

Lichtbewegte Flächen breiten sich auch an den Wänden aus. Ein aus senkrecht verlaufenden weißen und roten Streifen von Glas zusammengesetztes Tableau zeigt die Titelseiten aller Presseorgane unserer Verbände und des Bundes. Die Glasflächen werden von innen beleuchtet, die Titelseiten erscheinen auf ihnen transparent. Auch hier gleitet das Licht von unten nach oben, so daß sich farbig beleuchtete Wände ständig auf der Wand bewegen. Daneben veranschaulichen interessant gestaltete graphische Tafeln den Aufbau des ADGB und die Aufteilung seiner sowie der Verbände Wirkungssphäre in die verschiedenen Aufgabengebiete. Ohne diese gelinde Absehwung vom Thema Presse wäre die Lösung der Ausstellungsaufgabe unvollkommen geblieben, denn eine Anschauung von der Struktur unserer Organisation und ihrem Aufgabengebiet bildet die Grundlegung für das Verständnis unseres Pressewesens. Diese Darstellungen werden ergänzt durch eine ähnliche Uebersicht über die Ausbreitung des ADGB. Zum Thema Presse zurück führt ein bewegtes stilisiertes Modell einer Rotationsmaschine an der dritten Wand. Aus der Maschine gleitet ein Band hervor, das abermals die Titelseiten der Gewerkschaftsblätter am Besucher vorbeiführt. Daneben leuchten — Licht erhöht auch hier die Bildkraft — abwechselnd die Druckorte der Gewerkschaftspresse auf, und gleichzeitig schießt ein Strahlenbündel über eine in großen Umrissen wiedergegebene Karte von Deutschland, um anzudeuten, daß die Blätter von jedem Druckorte aus über das ganze Reich verbreitet werden. Alle diese Stücke erhielten Form und Farbe von Professor Burchard, Essen; eine Künstlerhand schuf alle Stücke nach einem Prinzip und damit aus dem Vielen ein Ganzes. Aus der gleichen künstlerischen Grundauffassung, die hierbei bestimmend war, baute Architekt Hans Schumacher, Köln, Haus und Raum, so daß sich das Ganze der Ausstellung mit Raum und Haus zu einem Werk zusammensfügt.

Drei Vitrinenreihen, so gestellt, daß die Bewegungen der Besucher im Raum unbehindert bleiben, bergen eine kleine historische Schau über das Werden unserer Presse sowie einen Teil der wichtigsten Buchliteratur der Verbände. Nur wenig kann hieraus hervorgehoben werden, denn alles ist gleich bemerkenswert. Die Buchdrucker scheinen die fleißigsten Sammler geschichtlicher Werte zu sein; sie haben Dokumente in großer Zahl beigelegt, die bis auf das Jahr 1848 zurückgehen. Aus den Beständen des Korrespondenzblattes der Generalkommission liegen mehrere interessante Originalmanuskripte und Briefe verstorbenen Führer der Bewegung aus, Arbeiten und Briefe von Legien, Hüe, Eisner, Friedrich Fejner, darunter auch ein Aufsatz von v. Elm über die Frage der Gewerkschaftsbank aus dem Jahre 1907. Erstausgaben ihrer Gewerkschaftsblätter zeigen die Zimmerer, Steinischer, Saffler, Tapezierer, Handschuh- und Lederarbeiter, Maler, Gastwirtschaftsgehilfen, Tischler, Maurer, Keramarbeiter, Fabrikarbeiter, Textilarbeiter. Die Hutmacher stellten bemerkenswerte Dokumente aus dem Jahre 1871 zur Verfügung, die Litographen führen die Reihe ihrer Fachzeitschriften bis 1874 zurück. Diese Einzelheiten bringen selbst dem mit unserer Geschichte vertrauten Besucher erst die Größe der Aufgabe zum Bewußtsein, daß hier ein weit ausgebreitetes Schrifttum aus der Initiative und dem Können „ungebildeter“ Arbeiter, journalistischer „Dilettanten“ entstand.

Eine Treppe führt zu einer breiten Galerie. Von ihrer Höhe bietet sich ein reizvoller Blick auf den ganzen Ausstellungssaal und durch ihre Fensterreihe schaut man hinab auf das bewegte Bild des Ausstellungsgeländes. Auf der Galerie befindet sich der Leseraum. Hier stehen alle unsere Blätter in ihrer gegenwärtigen Gestalt, bei jedem Erscheinungstage neu, zur Verfügung; in einer Vitrinenreihe liegen interessante Stücke der Gewerkschaftspresse des Auslandes; in zwei Regalen zeigt die Verlagsgesellschaft des ADGB eine Auswahl aus ihrem Bestande. Ein Lichtbildapparat läßt in ständiger Bewegung und Abwechslung Szenen aus dem beruflichen und gewerkschaftlichen Leben der Arbeiterklasse und Porträts verstorbenen Führer der Bewegung vorbeigleiten.

An einer seitlichen Wand steht die Büste von Karl Legien. An ihm vorübergehend erreichen wir die Ausstellung der Presse der Sozialdemokratischen Partei. Der vordere Raum der Ausstellung ist aufgeteilt durch Zwischenwände, an denen in langer Reihe die Zeitungen der Partei, jeweils in ihrer neuesten Ausgabe, aufgehängt; insgesamt sind das 191 Zeitungen. An einigen Flächen dieser Wände befinden sich Zeichnungen für den Wahnen Jacob, für Lachen Links und für Werbeplakate, Maifeier-, März- und Wahlzeitungen, Maueranschläge. Dazwischen stehen Vitrinen mit Büchern des Dieb-Verlages. An den Fenstern zieht sich eine Vitrinenreihe hin mit einer historischen Sammlung. Unter den dort ausgelegten Stücken fallen uns auf: die Rheinische Zeitung von 1842, die Neue Rheinische Zeitung von 1848/49, Weiskings Urwähler von 1848, Freie Blätter (Robert Blum, Freiligrath) von 1848, Volksstaat von 1872, Vorwärts von 1878 und Sozialdemokrat von 1883 bis 1889.

Dann betreten wir den hinteren Teil der Ausstellung, worin sich ein Lichtspieltheater mit Sitzplätzen für 200 Besucher befindet. „Am Anfang war das Wort“ heißt der Bildstreifen, der hier immerwährend abrollt und stündlich eine große Besucherzahl anlockt. Nach einem Manuskript von Max Barthel von Meßner mit guten Kräften, unter denen sich Fritz Kortner befindet, ausgeführt, zeigt der Film

ein einprägsames Bild der Geschichte, Bedeutung und Größe der sozialdemokratischen Presse sowie ihres Bestandes an technischen Mitteln. Neben den ältesten Heimen sozialdemokratischer Blätter werden die neuesten und größten Zeitungshäuser der Partei vorgeführt. Spielereien zeigen interessante, auch menschlich tief berührende Vorgänge aus der Geschichte der Bewegung; ein Hauptstück dieser Art bilden Szenen aus den Sozialistenverfolgungen in der Zeit des Ausnahmegesetzes von 1878 bis 1890. Die tiefen Töne des Schmerzes, die den Charakter dieses Teils bestimmen, werden in plötzlichem Aufschwung abgelöst durch den stolzen Jubel des Sieges beim Fall des Gesetzes. Von diesem Punkte aus beginnt ein Wirbel ununterbrochener Aufstiegs; rasende Maschinen in den Bildern zeigen die Größe der Presseunternehmungen unserer Zeit; sie sind zugleich symbolisch für das Tempo der Entwicklung der Bewegung in der jüngsten Epoche.

Die Urteile über eine Ausstellung werden stets so verschieden sein wie die Zahl der möglichen Lösungen der gestellten Aufgaben groß ist. Unser Urteil ist dieses: Mitten unter den Ausstellungsbauten der schwerreichen kapitalistischen Zeitungshäuser, der Verlage einträglicher Inseratenplantagen gefeiert, steht das Haus, baulich und inhaltlich gleich vornehm und gediegen, da als eindrucksvoller Zeuge der Bedeutung der Arbeiterpresse.

Verbandsnachrichten.

Gesperert ist die Süddeutsche Held & Franke A.-G. in Stuttgart-Cannstadt, Baustelle Neckarkanal.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Am 16. Mai wurde in „Haperlands Festhallen“, Neue Friedrichstraße, eine Zahlstellenversammlung abgehalten. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1928 stand als erster Punkt zur Debatte. Zu der jedem Kameraden in den Bezirken gedruckt ausgehändigten Abrechnung wurde eine Aussprache nicht gewünscht, worauf auf Antrag der Revisoren dem 1. Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. An Unterstützung (einschließlich Kranken und Erwerbslosen) wurden in diesem Quartal 46 418,45 M. ausgezahlt. Der Lokalkassenbestand erhöhte sich um 5801,36 M. Die Mitgliederzahl stieg auf 5526. Unter Mitteilungen des Vorstandes gab Kamerad Reppschläger bekannt, daß die zum 1. Mai vom Ortsauschuß des DGB. zu wenig erhaltenen Maimarken sofort nachgeliefert sind. — Zu dem nunmehr fertiggestellten Bezirksarbeitsvertrag schildert der Vorsitzende die Hindernisse zur Drucklegung desselben, an der noch fehlenden Unterschrift. Trotzdem Dr. Nielenz von Arbeitgeberseite aus dazu bereit war, mußte am 26. März nochmals eine Tarifamtssitzung mit der Streitfrage befaßt werden, ob der Nachtrag oder die Neufassung des gesamten Vertrages zweckmäßig sei. Erst in einer weiteren Aussprache der Parteien einigten sich diese auf Neufassung und Unterschrift des Vertrages. Wiederum kam diese Zusage von Seiten des DGB. wegen angeblich einer geringen Differenz in der Lohnfestsetzung der Zwischenlöhne für Hilfsarbeiter nicht zur Ausführung. Eine weitere Sitzung hierüber findet am 18. Mai statt, in der auch dieses Hindernis beseitigt werden soll. Weiter wird über die Baupolizei-Stichbahn der Firma Siemens-Bauunion berichtet, wo 38 Zimmerer auf Grund einer Maßregelung von zwei Kameraden, wegen Beteiligung an der Arbeitsruhe zum 1. Mai, im Streik stehen. Obwohl der Bauleitung Tags zuvor der Beschluß der Belegschaft zur Maifeier ohne Einwendung bekanntgegeben wurde, bestimmte diese kurz vor Arbeitschluß zwei Zimmerer zur Arbeit, die dieses Ansinnen ablehnten und darauf am 2. Mai entlassen wurden. Nach Scheitern der Verhandlung ruht seit 3. Mai die Arbeit der beschäftigten gewesenen Kameraden. Mit allen Mitteln versucht die besonders reaktionäre Leitung Siemens, Arbeitswillige nach der Baustelle zu bekommen, wozu ihr sogar die noch leider von vielen Arbeitern geforderte „Morgenpost“ im Arbeitsmarkt vom 15. Mai mit einer Annonce folgenden Inhalts zur Hilfe kommt: „Zimmerer“, nur nationalgefesinnige sofort melden den Nationalverband, Landsberger Straße 32. Worauf sich auch einige lichtscheue Elemente, die nicht aus Bauarbeiterkreisen stammen, meldeten, so daß der Streik verschärft weitergeführt wird und zur Zeit noch andauert — Von einem Delegierten wird die polizeiliche Unterstützung der Arbeitswilligen kritisiert und alle Kameraden werden zur strengsten Solidarität mit den Streikenden ermahnt. Hierzu vorliegende Unterstützungsanträge werden nach einer Debatte gegen eine Stimme dahin erledigt, nach dem Reglement zu verfahren und dem Vorstand die weiteren Maßnahmen zu überlassen. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Die am 16. Mai tagende Zahlstellenversammlung beschließt, der Vorstand wird verpflichtet, auf die Maßnahmen der Firma Siemens mit den schärfsten Gegenmaßnahmen zu antworten, eventuell der Firma Siemens alle Zimmerer zu entziehen.“ Im weiteren berichtet Kamerad Reppschläger, daß der Zuzug im Zahlstellengebiet ein ziemlich großer ist. Trotzdem noch 438 arbeitslose Kameraden auf dem Nachweis eingetragen sind und vielen eine bittere Enttäuschung, in der Hoffnung, Arbeit zu erhalten, bereitet wird. Von allen im Gebiet Groß-Berlin Arbeitenden muß die 46 1/2 stündige Arbeitswoche eingehalten und die Werbefähigkeit für unsere Organisation von jedem Kameraden intensiv betrieben werden. Dann berichtet der Vorsitzende über eine Bekanntmachung der Unternehmer, wonach bis 31. Mai die restlose Meldung zur Streikschußversicherung erfolgen soll, in der zugleich Klage über zu wenig eingestellte Lehrlinge geführt werde. Dies zeugt, daß die Ausbeutung im größten Maße vorgenommen werden soll. Weiter kommen drei Anträge um Wiederaufnahme der Kameraden Jürgen, Bezirk 9, Gühl und Wienicke vom Bezirk 28 zur Debatte, von den beiden letzteren zugestimmt wurde, dagegen dem ersteren nur unter Vorbehalt der Abolvierung des Strafjahres. Im Verschiedenen wird einem Protesttelegramm an den Oesterreichischen Justizminister gegen die Verhaftung des Genossen Bela Kun und der

Forderung auf dessen Freilassung einstimmig zugestimmt. Weiter wird die Handlungsweise des Vorsitzenden vom Internationalen Arbeitsamt, Albert Thomas, bei seinem Besuch in Rom beziehungsweise Italien, kritisiert. Eine hierzu eingereichte Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Nach einer dringenden Aufforderung, der Bourgeoisie und ihren Günstlingen am 20. Mai die richtige Antwort zu geben, schließt der 2. Vorsitzende die Versammlung.

Braunschweig. Am Sonntag, 3. Juni, fand im Bezirk Meine unsere oberländische Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Kühn, Braunschweig, leitete die Versammlung mit einem Vortrag ein. „Die geschichtliche Entwicklung der freien Gewerkschaften“ hieß sein Vortrag, der von allen Anwesenden gut aufgenommen worden ist. Man konnte aus seinem Vortrag hören, wie hart es war, vor annähernd 100 Jahren die Arbeiter zu vereinigen, und wie verdienstvoll sich von 1848 an Stephan Born, der in diesen Jahren aus der Fremde heimkehrte und während seiner Wanderschaft mit Marx und Engels zusammen gewesen war, sich um die Organisation von Arbeitermassen bemühte. Er war der eigentliche Vorkämpfer der heutigen starken Arbeiterorganisationen. Trotz des Sozialistengesetzes konnte der auflodernde Geist von Marx und Engels nicht vernichtet werden, sondern diese Zeit hat ein weiteres Anwachsen der Bewegung mit sich gebracht. Auch unser Zentralverband mußte in dieser Zeit aufgelöst werden. Trotz allen Schikanen behaupteten die Arbeitermassen ihre Organisationskraft. Heute sind wir groß und stark geworden. Trotzdem dürfen wir noch nicht ruhen, sondern müssen versuchen, den letzten fernstehenden Arbeiter zu organisieren. Darum versucht zu kämpfen, wie es unsere Vorfahren für uns getan. Unter „Verschiedenes“ wurden die örtlichen Verhältnisse besprochen und bedauert, daß unsere Kameraden bisher verfaßt haben, ihre zusehenden Rechte zu erringen. Sonst könnte es nicht möglich sein, daß die Unternehmer die vertraglichen Löhne nicht gezahlt haben. Kamerad Kühn versprach, seine Kraft dafür einzusetzen, daß diese Uebelstände beseitigt werden. Hierzu sei nötig, daß die Kameraden den Willen in sich tragen, ihren Arbeitsbrüdern zu folgen, wenn es gilt, ihre wirtschaftlichen und politischen Erungenenschaften zu verteidigen. Mit der Hoffnung, daß es auch hier in Meine vorwärts gehen wird, schloß Kamerad Kühn die gut besuchte Versammlung.

Baugewerbliches.

Mehr Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen sind notwendig. Wie nötig der Ruf der Arbeiterschaft nach Baukontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiterschaft ist, beweist der Bericht der Sektion V der Sächsischen Bauberufsgenossenschaft Bauhen für das Jahr 1927. Anlässlich der Tagung der Berufsgenossenschaft am 5. Juni in Jittau wurde dieser Geschäftsbericht den Unternehmern unterbreitet, in dem die enorme Zunahme der Unfälle im Baugewerbe auffällig ist. Die Zahl der Unfälle wird für 1925 mit 435 genannt. Im Jahre 1926 betrug die Zahl der Unfälle bereits 608 und im Jahre 1927 gar 1040. Die Unternehmer versuchen diese anklagenden Zahlen dadurch abzumildern, daß im Bericht geschrieben wird, die Häufigkeit der Unfälle erkläre sich aus den verschärften Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Auch die ausgezahlte Summe für entschädigungspflichtige Unfälle ist gewaltig gestiegen. Während 1925 150 406 M. aufgewendet werden mußten, gelangten im Jahre 1926 173 266 M. und im Jahre 1927 261 435 M. zur Auszahlung. Unter den gemeldeten Unfällen befanden sich 10 Todesfälle, von denen aber nur sechs entschädigungspflichtig waren. Natürlich sind die Arbeiter an den Unfällen schuld, so sagen die Unternehmer in ihrem Bericht, in dem es heißt: „Nur in ganz vereinzelten Fällen war dem Arbeitgeber bzw. der Betriebsleitung ein schuldhaftes Verhalten nachzuweisen.“ — Und an anderer Stelle liest man: „Von den revidierten Betriebsstellen, einschließlich der Eigenbaubetriebe, wurden 1227 gleich 64,3 Prozent ordnungsmäßig befunden, 682 Betriebsstellen gleich 35,7 Prozent waren zu bemängeln. Schwere Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden auf 76 Betriebsstellen festgestellt.“ Außerdem sagt der Bericht noch, daß die Lohnlisten in 84 Fällen fehlerhaft waren und in 13 Fällen Lohnlisten oder sonstige Aufzeichnungen überhaupt nicht vorhanden waren. Der Bericht läßt trotzdem erkennen, daß die Forderung nach Baukontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiterschaft eine unumgängliche Notwendigkeit ist.

Mangelnder Bauarbeiterschutz. Im vergangenen Jahre hatte die Bauarbeiterschuttkommission für den Bezirk des Ortsauschusses des DGB. Halle a. d. S. eine Eingabe an den hiesigen Magistrat zwecks Anstellung eines Baukontrolleurs aus Arbeiterkreisen gerichtet. Die bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament hatte diesen Antrag abgelehnt, und zwar mit der fadenscheinigen Begründung, daß die Außenbeamten der Baupolizei wohl in der Lage wären, sämtliche Kontrollen durchzuführen. Wie es in Wirklichkeit mit der Kontrolle bestellt ist und wie groß die vorhandenen Mißstände noch sind, zeigt die Kontrolle, die die Bauarbeiterschuttkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 4. und 5. Juni 1928 durchführte. Die sechsgliedrige Kommission hat in diesem Jahre die Arbeit getrennt nach Hochbauten und Tief- und Straßenbauten vorgenommen. Das Ergebnis der Ermittlung ist daher zufriedenstellender als in den Vorjahren. Erfakt wurden insgesamt 55 Unternehmer mit 63 Baustellen des Hochbaues und 22 Unternehmer mit 42 Baustellen des Tief- und Straßenbaugewerbes. Im Hochbau wurden an den beiden Stichtagen 1610 Arbeiter, im Tief- und Straßenbau 484 Arbeiter festgestellt. Zusammen waren es 77 Unternehmer und 105 Baustellen mit 2094 beschäftigten Bauarbeitern. Von den 105 Baustellen waren 27 Privat-, 48 Behörden- und 30 Siedlungsbauten. In 18 Fällen konnte festgestellt werden, daß kein genügendes Gerüstmaterial vorhanden war. Beim Unternehmer Kopf, Baustelle Lerchenweg, war die Etagenabdeckung sehr mangelhaft, dazu wurde noch „über die Hand“ gemauert; bei demselben war auf der Baustelle Diemitz, Werder Straße, an der hinteren Front kein Außengerüst. Ebenfalls bei Heßler in Diemitz war schlechtes Gerüstmaterial,

außerdem kein Außen- und Fanggerüst vorhanden. Der Gerüstbau (Standgerüste) wurde in 15 Fällen mangelhaft angebracht. Ebenfalls waren die Balkenlagen auf 3 Baustellen nicht vorchriftsmäßig abgedeckt. Schutzrüstungen für Dachdecker und Klempner fehlten in 9 Fällen. Unfallverhütungsvorschriften waren auf 34 Baustellen nicht ausgehängt, davon fehlten 30 im Straßenbaugewerbe. Auf den 105 kontrollierten Baustellen haben sich 27 Unfälle ereignet, davon 5 schwere, 22 leichtere. In Wirklichkeit sind es noch viel mehr, da sehr oft verschwiegen wird, daß es sich um Verletzung oder Unfall auf der Baustelle handelt. Hier Abhilfe zu schaffen, ist dringend geboten, um die Arbeiter und ihre Familien zu schützen. Eine Kontrolle durch die Berufsgewerkschaften ist nach den Angaben der Poliere auf den Baustellen so gut wie nicht durchgeführt. Nur die Städtische Baupolizei hatte es sich an Siedlungs- und Behördenbauten etwas angeeignet lassen, nach den Vorschriften zu sehen. Die Leitergänge waren bis auf vier in gutem Zustande; dafür fehlte jedoch das Schutzbügel über den Türeingängen auf 11 Baustellen. (Zum Schutze der Beschäftigten müssen diese Schutzbügel unter allen Umständen vorhanden sein!) Zwanzig Baustellen haben keine ausreichende Baubude, insbesondere ist dies beim Straßenbau zu verzeichnen. Einige Baubuden hatten keine Fenster, und vielfach benutzte man die Baubude zur Unterstellung von Werkzeug und Zement. Auch hier muß schnellstens Abhilfe geschaffen werden! Von den 63 Baustellen im Hochbaugewerbe hatten zwei keine Verbandkästen; im Straßenbau fehlten sogar 25 Verbandkästen von 42 Baustellen. In 16 Fällen waren die Ausrüstungen mangelhaft oder Verbandzeug und Medikamente waren in Zigarrenkisten untergebracht. Die Aborte waren im allgemeinen in ausreichendem Zustande; bei einigen hatte man deren Errichtung jedoch sehr primitiv betrieben. Im Straßenbau fehlten fast überall die Aborte; 33 Baustellen hatten keinen; dies ist nicht durch die Unangunst der Verhältnisse bedingt, sondern ist als durchaus abzustellender Mangel zu bezeichnen. Behördliche Anordnung über Abortanlagen wurde überall vermisst. Im Straßenbaugewerbe wurde auch diesmal wie in den Vorjahren der allergrößte Mangel an Verbandzeug und Aborten festgestellt. In den Malerbetrieben und auf Baustellen, auf denen Gehilfen tätig waren, wurde den Verordnungen über Lieferung von Bürste, Seife und Handtuch seitens der Unternehmer in den meisten Fällen nicht Rechnung getragen. Die Bauleitungen haben die Kontrolle der Kommission unterstützt und keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Eine Fülle von Mängeln und Unzulänglichkeiten mußten festgestellt werden. Dies beweist, daß der behördliche Apparat sich nicht ausreichende Mühe gibt, den Bauarbeiterschutze zu betreiben. Es ist aber auch notwendig, daß die Gesetzgebung endlich neue und einheitliche Unfallverhütungsvorschriften erläßt und dadurch ein Teil des von den Gewerkschaften geforderten Reichsbauarbeiterschutzes erfüllt wird. Im übrigen muß die gesamte Bauarbeiterschaft in erhöhtem Maße ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren richten. Unsere Forderung auf Bestellung von Baukontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiterschaft bleibt unter allen Umständen bestehen. Die Bauarbeiterschaft wird den im Herbst dieses Jahres stattfindenden Kommunalwahlen die größte Beachtung schenken und für eine Mehrheit Sorge tragen, die die berechtigten Forderungen der Bauarbeiterschaft erfüllt. Jedes faßliche Handeln auf der Baustelle, alle Mängel, die sich weiter aus den Unfallvorschriften ergeben, insbesondere aber auch alle Unfälle schwerer und leichter Natur, müssen sofort dem Obmann oder den Mitgliedern der Bauarbeiterschuttkommission, Halle, Harz 42/44 (Vorsitzender: Hermann Förster, Harz 42/44) gemeldet werden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Vorstandsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 21. und 22. Mai 1928. An dem 21. und 22. Mai in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) nahmen alle Vorstandsmitglieder teil: Joubauz, Frankreich, Leipart, Deutschland, Madson, Dänemark, Mertens, Belgien, Taverle, Tschechoslowakei, und der Sekretär Sassenbach. Es gelangten folgende Punkte zur Behandlung: Reorganisationsfragen. Da die Abhaltung der auf der letzten Ausschusssitzung beschlossenen speziellen Tagung zur endgültigen Lösung der Reorganisationsfragen aus verschiedenen Gründen um zwei Monate verschoben werden mußte, wurde beschlossen, auch die Frist für die Beantwortung des an die Landeszentralen gesandten Fragebogens, betreffend die Wahl eines Vorsitzenden und eines Generalsekretärs des IGB. sowie die Bestimmung des neuen Sitzes des IGB. um einen Monat zu verlängern, das heißt bis zum 30. Juni. Auf der nächsten, am 23. Juli in Köln anberaumten Vorstandssitzung sollen die bis dahin eingelangten Antworten geprüft und bestimmte Vorschläge zu Händen der Landeszentralen ausgearbeitet werden, so daß diese die Möglichkeit haben, ihren Delegierten zu der außerordentlichen, am 24. September in Amsterdam tagenden, Ausschusssitzung bestimmte Aufträge zu erteilen. Internationale Arbeitskonferenz in Genf: Für die Internationale Arbeitskonferenz in Genf wurden die letzten Vorbereitungen getroffen, wobei der Vorstand auch zu verschiedenen Resolutionsanträgen an die Konferenz Stellung nahm. Unterstützung an Landeszentralen: Es wurde verschiedenen Landeszentralen eine laufende Unterstützung aus dem für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Fonds zugewilligt. Außerdem wurde auf Grund eines von der indischen Landeszentrale eingegangenen Unterstützungsgesuches beschlossen, die in Lilloah in Streik stehenden Eisenbahn-Werkstättenarbeiter aus den gleichen Mitteln mit einer einmaligen Summe zu unterstützen. Erhebung über die Arbeitszeit: In der Angelegenheit der bereits für dieses Jahr angelegten Erhebung über die effektive Arbeitszeit in verschiedenen wichtigen Industrien der angeschlossenen Länder ist den Landeszentralen ein Entwurffragebogen zugegangen. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, durch Rundschreiben an die angeschlossene

nen Organisationen die Möglichkeit einer Erhebung über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Gewerkschaften zu prüfen. Berufsinternationale des Theaters: Auf Ersuchen des französischen Verbandes der Bühnengehörigen wurde beschlossen, durch Rundschreiben an die Landeszentralen Erkundigungen über die Organisationsverhältnisse in dieser Berufsgruppe einzuziehen. Herausgabe des Jahrbuches: Es wurde beschlossen, künftighin im Tätigkeitsbericht an die ordentlichen Kongresse einen statistischen Teil aufzunehmen, der das bis jetzt herausgegebene Jahrbuch ersetzen und ergänzen soll. In der Zeit zwischen zwei Kongressen werden die Bewegungen in den Mitgliederzahlen der angeschlossenen Organisationen sowie andere wichtige statistische Angaben laufend in der Monatschrift des IÖB. bekanntgegeben. Es wurde ferner die Teilnahme an Kongressen geregelt, für die Einladungen beim Sekretariat des IÖB. eingelaufen sind.

Sozialpolitisches.

Fortschreitende inländische Kapitalbildung — Gegenüber den so häufig wiederholten Behauptungen, daß der deutsche Kapitalbedarf überwiegend durch Auslandsanleihen, nicht aber durch innere Kapitalbildung — das ist zum größten Teil die Gewinne der Unternehmungen — gedeckt wird, verweist der jüngste Bericht der Discontogesellschaft mit Recht darauf, daß die Kapitalverföhrung der deutschen Wirtschaft heute nur in geringem Umfange von den Auslandsanleihen abhängt. Die Auslandsanleihen bedeuten heute nicht viel mehr als die Spitzenbeträge, deren Beschaffung der inländische Kapitalmarkt verweigert. Die Auslandsanleihen des Jahres 1927, obwohl sie sehr umfangreich waren, machen schätzungsweise nur 1/3 bis 1/2 der gesamten inneren Kapitalbildung Deutschlands in ihren verschiedensten Formen aus. Ohne Reparationsbelastung wäre Deutschland auf die Kapitalhilfe des Auslandes überhaupt nicht mehr angewiesen. Um diese Behauptungen zu unterstützen, bringt der Bericht der Discontogesellschaft die nachfolgende sehr aufschlußreiche Zusammenstellung über die statistisch fahbaren Hauptposten, in welchen sich die Kapitalbildung widerpiegelt.

	In Millionen Reichsmark Jahr 1927 1. Quart. 1928	
aus dem Auslande		
Kapitalbeschaffung in Form von Auslandsanleihen	1570	350
aus dem Inlande:		
Kapitalbeschaffung in Form von Inlandsanleihen	1000	410
Kapitalbeschaffung in Aktienform	1200	180
Kapitalbeschaffung in Pfandbriefform	1150	480
Zunahme der Sparkasseneinlagen	1580	820
Zunahme der Kreditoren von 7 Berliner Großbanken	1560	340

Die innere Kapitalbildung war aber, wie im erwähnten Bericht hervorgehoben wird, offenbar noch viel größer als aus diesen Ziffern ersichtlich ist. Zwar müssen von den obligaten Zahlen Abzüge gemacht werden, weil bei den Inlandsanleihen Sparkassengelder und ausländische Zeichnungen eine Rolle spielen. Doch werden diese Abzüge weitläufig wettgemacht durch die angesammelten Ueberflüsse bei den Unternehmungen selber, die „zahlreiche Betriebe in die Lage versetzen, sich ohne Inanspruchnahme des Kapital- und Geldmarktes selber zu finanzieren. Ein Teil der erzielten Gewinne bleibt unausgewiesen als arbeitendes Kapital im Betriebe oder wird in Vergrößerungen oder Verbesserungen der Erzeugungsanlagen angelegt, das ist die sogenannte Selbstfinanzierung“. Es ist nun sehr lehrreich, daß, während die Geschäftsberichte anderer Banken und Unternehmungen stets mit Klagekliegern über die zu geringe Kapitalbildung aufwarten, um damit den Kampf gegen die Sozialisten und auskömmlichen Löhne zu begründen, die Discontogesellschaft in scharfem Gegensatz zu ihnen von einer außerordentlich befriedigenden Kapitalbildung zu berichten weiß.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Unfälle mit tödlichem Ausgang im Jahre 1926.
Das Statistische Reichsamts arbeitet langsam. Jetzt erst werden die Zahlen bekannt, die Aufschluß geben über die tödlichen Unfälle, die sich im Jahre 1926 ereignet haben. Ihre Zahl ist erschreckend. Die Zahl der tödlichen Verunglückungen hat im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahr beim männlichen Geschlecht um 873 zugenommen und ist im Jahre 1926 um 301 Fälle zurückgegangen, während sie beim weiblichen Geschlecht in beiden Jahren nur geringe Veränderungen zeigt. Auf 100 000 Lebende kamen in den Berichtsjahren 61,0 und 59,5 tödliche Verunglückungen männlicher und 16,1 beziehungsweise 16,2 weiblicher Personen (gegenüber 61,0 und 15,5 im Jahre 1913). Die Häufigkeit der tödlichen Verunglückungen in den einzelnen Altersgruppen im Verhältnis zu der Zahl der gleichaltrigen Lebenden zeigt die folgende Uebersicht. Auf je 100 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts im Deutschen Reich trafen tödlich Verunglückte im Alter von . . bis . . Jahren.

Jahr	Geschlecht	0-1*	1-5	5-15	15-30	30-60	60-70	70 und mehr	insgesamt
1913.	männl.	37,5	67,8	29,0	62,7	71,6	94,4	124,7	61,0
	weibl.	33,1	49,2	11,0	6,7	8,1	24,2	70,4	15,5
1923.	männl.	39,9	72,2	31,1	70,3	64,2	88,2	140,9	63,6
	weibl.	35,3	47,9	11,0	9,8	9,7	28,1	103,9	17,4
1924.	männl.	38,2	70,5	29,6	57,4	61,0	89,2	134,2	58,5
	weibl.	28,0	44,1	10,3	8,8	8,8	28,3	95,1	16,2
1925.	männl.	39,0	67,8	27,8	62,8	63,8	93,4	133,2	61,0
	weibl.	30,4	42,2	10,3	8,3	8,9	27,8	97,2	16,1
1926.	männl.	44,9	67,0	28,8	58,4	62,2	89,7	135,2	59,5
	weibl.	30,4	43,0	9,9	8,1	9,0	28,5	102,5	16,2

* Auf 100 000 Lebendgeborene berechnet.

Am stärksten ist der Unterschied bei beiden Geschlechtern in dem für das Berufs- und Erwerbsleben am meisten in Betracht kommenden Alter von 15 bis 60 Jahren. Auf 100 000 Lebende im Alter von 15 bis 30 Jahren verunglückten im Jahre 1926 58 männliche und 8 weibliche, im Alter von 30 bis 60 Jahren 62 männliche und 9 weibliche Personen. Von sämtlichen verunglückten Männern standen im Jahre 1926 rund zwei Drittel im hauptsächlich erwerbstätigen Alter (30 bis 60 Jahre), von den verunglückten weiblichen Personen nicht ganz ein Drittel.

In den einzelnen Reichsteilen ist die Häufigkeit der tödlichen Verunglückungen je nach der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Beruf und Alter verschieden hoch. Hohe Verunglückungsziffern finden sich im Jahre 1926 in der industriereichen Provinz Westfalen (43,8), in Oberschlesien (43), in Südbayern (42,7) und in Hamburg (42,6). Im Vergleich zum Reichsdurchschnitt (37,2) war die Zahl der tödlichen Verunglückungen besonders gering in der Provinz Hessen-Nassau (26,6), im Freistaat Hessen (28,3), in der Pfalz (31,4), in Nordbayern (31,4), in Thüringen (31,8) und im Freistaat Sachsen (32,9). Während in den Jahren 1921 bis 1924 die tödlichen Verunglückungen in den Großstädten seltener waren als in den mittleren und kleineren Städten, waren sie in den beiden Berichtsjahren etwas häufiger als in diesen. Am häufigsten waren sie in den Gemeinden mit weniger als 15 000 Einwohnern, was deutlich daraus hervorgeht, daß der Reichsdurchschnitt mit 38 und 37 auf 100 000 Einwohner in beiden Berichtsjahren höher war als die für jede Gruppe der Städte mit mehr als 15 000 Einwohnern festgestellte Häufigkeitsziffer. Auf 100 000 der mittleren Bevölkerung entfielen tödliche Verunglückungen:

in den Gemeinden mit	1921	1922	1923	1924	1925	1926
100 000 und mehr Einwohnern . . .	44	45	41	39	34	33
50 000 bis unter 100 000 Einwohner	53	50	43	40	29	30
30 000 " " 50 000 "	57	51	46	42	25	25
15 000 " " 30 000 "	59	53	54	44	25	24
im Deutschen Reich insgesamt	44	40	40	37	38	37

Wie die Selbstmorde sind auch die tödlichen Verunglückungen für das Jahr 1926 zum erstenmal für das gesamte Reichsgebiet nach der Art der Verunglückung ausgliedert worden.

Werden die Gesamtzahlen der tödlichen Verunglückungen ohne Berücksichtigung des Geschlechts und Alters der Verunglückten betrachtet, so stehen die Verunglückungen durch Sturz aus der Höhe mit 4271, Ueberfahren mit 3984, Ertrinken mit 3552, Sturz aus oder mit Fahrzeugen mit 1392, die zusammen rund zwei Drittel aller tödlichen Verunglückungen ausmachen, an erster Stelle. Unter den durch Fahrzeuge verursachten Verunglückungen (Sturz und Ueberfahren) sind verhältnismäßig die meisten dem Kraftwagenverkehr (1953) zuzuschreiben, 1412 entfallen auf Unfälle mit Landfahrzeugen, 931 auf Eisenbahnunfälle, 426 auf solche mit Krafttädern und 300 mit Trekkrafttädern, während dem Straßenbahnverkehr im ganzen nur 320 zum Opfer fielen. Durch Lastfahrzeuge verunglückten 30 Personen. Durch Verbrennen, Verbrühen und Verätzen kamen im ganzen 1323, durch Einsturz von Bauwerken und Stollen, Explosionen und Steinfall 1248 Personen zu Tode. An Vergiftungen starben 445 (darunter 45 durch Giftpilze, 85 durch andere Nahrungsmittel), durch Einatmen von Leuchtgas 490, von sonstigen nicht atembaren oder giftigen Gasen und von Rauch 233 Personen. Maschinen führten in 484 Fällen, der elektrische Strom in 392 Fällen zu tödlicher Verunglückung. Durch Schießwaffen blühten 353, durch schneidende oder stechende Instrumente 105 Menschen das Leben ein; 324 Personen wurden durch Tiere tödlich verletzt (darunter 2 durch Kreuzotterbisse); 142 wurden vom Blitz erschlagen, den Erfrierungstod erlitten 83, den Tod durch Hitzschlag und Sonnenstich 40, durch Verhungern 2 Personen. Auf andere, nicht angegebene Art verunglückten 1137 Personen tödlich, bei 233 Personen konnte die Art der Verunglückung nicht festgestellt werden.

Betrachtet man die Häufigkeit der einzelnen Verunglückungsarten in den verschiedenen Teilen des Reichs, so ergeben sich sehr große Unterschiede, die sich einerseits aus der Zusammensetzung der Bevölkerung und ihrer hauptsächlichsten Berufstätigkeit ergeben, andererseits auf die Gefahrenquellen selbst zurückzuführen sind, wie sie besonders durch intensiven Verkehr, aber auch durch die natürliche Bodenbeschaffenheit (Bergwerke, Wasserläufe, große Wasserflächen usw.) gegeben sind. In der Provinz Westfalen zum Beispiel kamen fast ein Viertel aller verunglückten Männer durch Einsturz von Bauwerken und Stollen, Explosionen und Steinfall ums Leben, in Berlin nur 2%; andererseits fielen in Berlin 23%, also fast ein Viertel aller männlichen Verunglückten, dem Kraftwagenverkehr zum Opfer, in Westfalen nur 6%. Die Verkehrsunfälle überhaupt sind in Berlin weitläufig am häufigsten: durch Sturz mit Fahrzeugen oder Ueberfahren starben in Berlin 42% aller männlichen Verunglückten, in der Rheinprovinz nur 30%, im Freistaat Hessen 28, in Westfalen 25, im Freistaat Sachsen 24, in Hamburg 20. Andererseits fanden in den wasserreichen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin und Brandenburg rund ein Drittel aller männlichen Verunglückten den Tod durch Ertrinken, in Bremen 36,3 und in Lübeck 47,2%.

Besonders wertvolle Aufschlüsse gibt eine Uebersicht, aus der die Verteilung der einzelnen Verunglückungsarten in den verschiedenen Altersklassen beider Geschlechter zu ersehen ist. Von den verunglückten Kindern im Säuglingsalter fanden nahezu zwei Drittel den Tod durch Erstickten und Verbrennen. Bei den Kleinkindern (bis fünfjährigen) ist der Tod durch mechanisches Erstickten nur noch verhältnismäßig selten. Dafür sind die tödlichen Verbrennungen, hauptsächlich durch Verbrühen, sowie die Verunglückungen durch Ertrinken (namentlich bei den Knaben) und durch Ueberfahren besonders häufig. Im Schulalter (5 bis 15 Jahren) verunglückten ein Drittel der Knaben und 19% der Mädchen durch Ertrinken, durch Ueberfahren 29% der Knaben und 32% der Mädchen. Von den tödlichen Verunglückungen der 15- bis 30jährigen Männer entfielen 28% auf Ertrinken, 16% auf Ueberfahren, 11% auf Sturz aus der Höhe und 10% auf Einsturz von Bauwerken, Stollen, Explosionen und Steinfall, zusammen mithin rund zwei Drittel, während von den in diesem Alter verun-

glückten Frauen nur die Hälfte auf diese Art den Tod fanden, nämlich 20% durch Ertrinken, 18% durch Ueberfahren, 11% durch Sturz und nur 1% durch Einsturz von Gebäuden usw. Andererseits verunglückten in diesem Alter je 11% der Frauen durch Verbrennen und Verbrühen und durch Einatmen von Leuchtgas und andern nicht atembaren giftigen Gasen, von den Männern nicht ganz 2%. Im Alter von 30 bis 60 Jahren sind die Verunglückungen durch Ertrinken verhältnismäßig weit seltener; es ertranken 11% der männlichen und 9% der weiblichen Verunglückten. Dafür sind die Verunglückungen durch Sturz mit 18% der männlichen und 23% der weiblichen Verunglückten in dieser Altersgruppe weitaus am häufigsten. Noch mehr ist dies der Fall bei den über 60 Jahre alten Verunglückten, von denen 41% der männlichen und 59% der weiblichen durch Sturz den Tod fanden, während nur 7 beziehungsweise 2% ertranken.

Das sozialistische Jahrbuch. Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Boisfeld. Heft No. 5. Preis vierteljährlich 60 ₤ und 15 ₤ Porto.

Literarisches.

Ratgeber für die Krankerversicherung, von Arthur Lhan, Abteilungsleiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig, 7. Auflage 1928. Verlag Friedrich W. Wödel, Leipzig C 1, Blumengasse 18. Einzelpreis 60 ₤, bei Partiebefellungen Ermäßigungen bis auf 40 ₤. Von dem Heftchen erscheinen jetzt alljährlich immer mehrere Auflagen, gewiß der beste Beweis dafür, welche außerordentliche Beliebtheit es sich erfreut. Wir können die Neuaufgabe uneingeschränkt empfehlen und wünschen ihr weiteste Verbreitung.

Veranstaltungsanzeiger.

- Montag, den 25. Juni:**
Anklam: Abends 7 1/2 Uhr im „Schützenhaus“.
- Mittwoch, den 27. Juni:**
Wanne: Abends 7 Uhr bei Wwe. Koen, Hindenburgstraße 165.
- Donnerstag, den 28. Juni:**
Brandenburg a. d. H.: Abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus.
- Freitag, den 29. Juni:**
Coburg: Nach Feierabend im Volkshaus. — Effen: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kastanienallee 95, Dellgiertensitzung. — Merseburg-Leuna: Jahlabend von 6 bis 8 Uhr in Leuna „Zum heitren Blick“. — Rathenow: Nachmittags 5 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gr. Hagenstraße.
- Sonntag, den 30. Juni:**
Aken: Abends 8 Uhr in „Stadt Hamburg“. — Arnswalde: Abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“, Mittelstraße. — Braunschweig, Bezirk Wolfenbüttel: Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Tanne“. — Frankenberg in Sa.: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Friedland i. M.: Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus Wild. Wienholz. — Garz a. Rügen: Abends 7 Uhr im Gasthof „Zum grünen Wald“. — Witten i. W.: Abends 7 Uhr bei Köhneier, Arndtstraße 104.
- Sonntag, den 1. Juli:**
Diekhufen: Nachmittags 4 Uhr bei Bartels, Marne, Mittelstraße. — Neubekum: Vormittags 10 Uhr bei Häffmann, Scharfen Eck. — Polzin: Vormittags 9 Uhr bei Paul Holz. — Solingen: Vormittags 10 1/2 Uhr bei Wpe. Kirchner, Hochstraße 27. — Swinemünde: Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung.

Sterbetafel.

- Amberg. Am 18. Mai starb unser Kamerad **Joseph Störr** im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.
- Berlin. Am 6. Juni verstarb unser Mitglied, der Kamerad **Hugo Halfter**, Bezirk 13, im Alter von 67 Jahren an Herzschlag. — Am 8. Juni verstarb unser Mitglied, der Kamerad **Johann Fischer**, Bezirk 6, der bereits seit dem Jahre 1894 treu dem Verbands gedient hatte, im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung. — Am 9. Juni verstarb unser Mitglied, der Kamerad **Gregor Klotz**, Bezirk 19, im Alter von 22 Jahren an Blinddarmentzündung. — Am 10. Juni verstarb unser Mitglied, der Kamerad **Richard Kunow**, Bezirk 12, im Alter von 65 Jahren an Herzschwäche.
- Chemnitz. Am 8. Juni ist unser Kamerad **Paul Gubisch** im Alter von 52 Jahren an Herzschwäche gestorben.
- Driesen. Am 11. Juni starb unser Kamerad **Karl Gohlke** im Alter von 44 Jahren an Lungenkrankheit.
- Gramzow. Am 2. Mai starb unser Kamerad **Ferdinand Britsch** aus Reichow nach langer Krankheit infolge des Krieges.
- Leipzig. Am 8. Mai starb unser Kamerad **Alfred Kranks** im Alter von 23 Jahren an Gehirnschwund. — Am 8. Juni starb unser Kamerad **Richard Baumbach** im Alter von 52 Jahren an Magenkrebs.
- Magdeburg. Am 8. Juni starb unser Kamerad **Friedrich Wolf** im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche.
- Mainz. Am 24. Mai starb unser langjähriges Mitglied, der Kamerad **Peter Luft** an Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Gelsenkirchen.

Am 30. Juni und 1. Juli findet das **25-jährige Stiftungsfest** der Zahlstelle, verbunden mit Fahnenweihe, statt. Am Sonnabend, dem 30. Juni, abends 7 Uhr Kommerz im Gewerkschaftshaus. Sonntag, den 1. Juli, Feier in der Stadthalle, um 1 Uhr nachmittags Festzug vom Gewerkschaftshaus aus. Alle Kameraden werden hierdurch freundlichst eingeladen. [7,50 M] Der Vorstand.